

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 7

Artikel: Die internationale Wirtschaftsordnung der Zukunft : Pläne und Probleme
Autor: Röpfe, Wilhelm
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158970>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die internationale Wirtschaftsordnung der Zukunft.

Pläne und Probleme.

Von Wilhelm Röpke.

Die Frage, welche Gestalt den politischen und den wirtschaftlichen Beziehungen der Völker nach diesem Kriege gegeben werden soll, beschäftigt Köpfe und Gemüter aller Länder und Lager mindestens so sehr wie die andere Frage nach der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung jedes einzelnen Landes. Beide Fragen hängen, wie jeder spürt, aufs engste zusammen, und auch das ist jedem klar, daß es auf sie keine Antwort gibt, die ohne enge Verbindung mit den letzten Wertvorstellungen wäre, welche heute die Welt und die Menschen auseinanderreißen. Gerade deshalb aber ist es so außerordentlich mißlich und schwierig, zu diesem Fragenkomplex in Ruhe und Distanz Stellung zu nehmen, noch dazu in dem äußerst beschränkten Rahmen eines einzelnen Aufsatzes¹⁾. Weder ist es leicht, die Fragen der wirtschaftlichen Gestaltung von denen der politischen zu trennen, noch können die Fragen der Neuordnung der internationalen Wirtschaft ohne einige Gewaltjamkeit isoliert von den Fragen der Neuordnung der nationalen Wirtschaften betrachtet werden. Mindestens so schwer ist es jedoch auch, über alle diese Fragen ohne ausdrückliche Optierung für eine bestimmte allgemeine Wertvorstellung ein Urteil zu fällen. Wir suchen den Weg der geringsten Schwierigkeiten, indem wir uns ausdrücklich auf die Erörterung der Fragen der internationalen Wirtschaftsordnung beschränken, und uns mit ihnen nur insoweit beschäftigen, wie es nötig ist, um in den wichtigsten Grundproblemen eine gewisse Klärung zu erzielen.

Eine solche Klärung scheint uns in der Tat ein immer dringender gewordenes Bedürfnis zu sein. Wer sich nämlich mit den endlosen und wortreichen Diskussionen um die Neuordnung nach dem Kriege beschäftigt, muß sich in eine Verwirrung verstrickt fühlen, die kaum noch überboten werden kann. Man gewinnt den Eindruck, daß sich hinter einem großen Teil der phrasenhaften, von Gemeinplätzen wie von handgreiflichen Widersprüchen wimmelnden Erörterungen auf allen Seiten zweierlei verbirgt: eine gewaltige geistige Konfusion und ängstliche Rücksichtnahme auf die propagandistische Wirkung. Entweder, so scheint es, weiß man nur zu oft nicht, was man will, oder man will Unvereinbares oder man weiß zwar, was man will, getraut sich aber nicht, es offen zu sagen. Diese Atmosphäre hat etwas so Niederdrückendes und Verdummendes, daß man sich nach

¹⁾ Dabei erweist es sich ohnehin als notwendig, die ebenso schwierigen wie wichtigen Fragen der internationalen Währungsordnung einem besonderen Aufsatz vorzubehalten.

den kristallklaren Klassikern der Theorie des internationalen Handels wie nach einem Trunk fühlen reinen Wassers sehnt, daß man eine Abhandlung von Bastiat als eine Erfrischung genießt, und daß man für jedes offene und klare Wort, das uns heute aus dem Munde eines Staatsmannes entgegentritt, doppelt dankbar ist. Die Gerechtigkeit gebietet, hier wenigstens den Namen Cordell Hulls zu nennen, an den man sich noch am allerheftesten halten kann, wenn man Klarheit und Offenheit sucht. Im übrigen aber möchte man den Verzweiflungsschrei Faustens sich zu eigen machen:

O glücklich, wer noch hoffen kann,
Aus diesem Meer des Irrtums aufzutauchen!

Echte Weltwirtschaft.

Wenn wir wenigstens einen Versuch machen wollen, aus dem Meer des Irrtums aufzutauchen, so beginnen wir am besten damit, klarzustellen, was man eigentlich allein meinen kann, wenn man von der Reintegration der Weltwirtschaft spricht. Wenn man nicht jeden Boden unter den Füßen verlieren und sich jeder Phrase schutzlos ausliefern will, muß man sich entschließen, unter Weltwirtschaft nur eine solche internationale Wirtschaftsordnung zu verstehen, die den internationalen Wirtschaftsverkehr wenn nicht dem Grade, so doch der Art nach dem nationalen grundsätzlich angleicht, so daß es wirklich internationale Märkte, eine wirkliche internationale Preisbildung und jene Freiheit in der Wahl des Käufers und des Verkäufers gibt, die ein wirklicher Markt und eine wirkliche Preisbildung voraussetzen²⁾. Mit anderen Worten: Weltwirtschaft kann nur in der Form einer wirklichen internationalen Markt-, Preis- und Zahlungsgemeinschaft bestehen, und dies setzt voraus, daß es sich um ein interdependentes, interkommunizierendes, multilaterales Wirtschaftssystem mit einem internationalen Währungssystem, mit einem Minimum an Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen und mit grundsätzlich freiem internationalen Verkehr der beweglichen Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) handelt. Wer Schwierigkeiten hat, sich Sinn und Tragweite dieser Bedingungen klarzumachen, möge sich vor Augen halten, daß ein solches internationales Wirtschaftssystem die Möglichkeit freier Beweglichkeit der Güter- und Geldströme und der Ausnutzung der Preischancen („Arbitrage“) besitzen muß, die wir innerhalb der einzelnen Volkswirtschaft als selbstverständlich voraussetzen. Ist innerhalb der einzelnen Volkswirtschaft diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden, so tritt eine wirkliche ökonomische Desintegration in dem Sinne ein, daß wir jetzt nicht mehr von einer einheitlichen organischen Volkswirtschaft, sondern nur

²⁾ Eine ins Einzelne gehende Darstellung findet sich in meinem Buche: *International Economic Disintegration*, London, W. Hodge & Co. Das Wesentliche ist in mein anderes Buch über „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ (Erlenbach, 3. Auflage 1942) übernommen.

noch von einem Nebeneinander mehr oder weniger unzusammenhängender Wirtschaftsbeziehungen sprechen können.

Genau das, was innerhalb der einzelnen Volkswirtschaft eintreten würde, wenn sie aufhörte, wesentlich eine Markt-, Preis- und Zahlungsgemeinschaft zu sein, hat sich in der Weltwirtschaft ereignet, seitdem sie während der letzten Jahrzehnte in zunehmendem Maße aufgehört hat, ein multilaterales und interdependentes System zu sein. Wir haben es mit einer wirklichen und ungeheuren Desintegration der Weltwirtschaft zu tun, die durch den Zerfall des multilateralen Netzwerkes, des internationalen Währungssystems, der Meistbegünstigung und jenes Minimums an Freiheit herbeigeführt worden ist, die trotz der Schutzzollpolitik der Staaten gewährleistet worden war. Indem man von der traditionellen Schutzzollpolitik (einer „konformen“ Wirtschaftspolitik³⁾) zu den „nicht-konformen“ (planwirtschaftlichen) Methoden der Handelspolitik (Kontingente, Verbote, Außenhandelsmonopole, Clearingabkommen), indem man vom Multilateralismus zum Bilateralismus, vom internationalen Währungssystem (Goldwährung) zum System der „nationalen“ Währungen, von der Freiheit des Zahlungsverkehrs zur Devisenzwangswirtschaft und von der Politik der Meistbegünstigung zu derjenigen der Diskriminierung und Vorzugsbehandlung überging, hat man aus der Weltwirtschaft das gemacht, was eine Volkswirtschaft sein würde, wenn von Stadt zu Stadt und von Kanton zu Kanton die Markt-, Preis- und Zahlungsverbindung unterbrochen wäre. So wenig eine solche Volkswirtschaft noch ihres Namens wert wäre, so wenig hat es Sinn, eine solchermaßen desintegrierte Weltwirtschaft noch länger mit diesem Namen zu belegen. In beiden Fällen handelt es sich nicht mehr um einen lebendigen Organismus, sondern nur noch um *dissecta membra*. Man könnte darauf erwidern, daß es ja auf Definitionen nicht ankäme, wenn eben nicht die Desintegration der Weltwirtschaft in einer Weise, die heute jedermann klar sein sollte, Anarchie, Chaos und Autarkie und jene Politisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen mit sich brächte, von der noch zu reden sein wird. Mit allem Nachdruck ist zu betonen, daß es dieser weltwirtschaftlichen Desintegration und der damit einhergehenden Politisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu verdanken ist, wenn es plötzlich ein Problem der „gerechten Rohstoffverteilung“ gibt, das in der Zeit der echten Weltwirtschaft ebenso unbekannt war, wie es innerhalb der einzelnen Volkswirtschaft — in der es ja auch „arme“ und „reiche“ Kantone gibt — undenkbar ist. Das alles sind Feststellungen, die mit allen anderen, die wahr sind, das gemeinsam haben, daß sie unbequem und unpopulär sind.

Eine solche echte Weltwirtschaft muß also — und damit führen wir unsere Klärung einen Schritt weiter — das Ziel sein, dem jedes Programm einer wirtschaftlichen Neuordnung der Welt nach diesem Kriege zu-

³⁾ Zu dieser Unterscheidung vgl. meine „Gesellschaftskrise“, S. 291 ff.

streben muß, das wirkliche Ordnung und „Gerechtigkeit“, nicht aber Anarchie, Chaos, Autarkie (sei es auch auf kontinentaler Grundlage) und eine den gegenwärtigen Krieg verewigende Politisierung will. Es bedarf keiner Parteinahme für irgendeine Weltanschauung, um die Feststellung zu treffen, daß, wer das eine will, auch das andere wollen muß. Wer aber eine wirkliche Reintegration der Weltwirtschaft will, muß zugleich die Voraussetzungen wollen, unter denen sie allein möglich ist, und diese Voraussetzungen sind diejenigen einer echten liberalen, d. h. nichtkollektivistischen, auf den Grundsätzen des freien Marktes beruhenden Wirtschaft, im Innern der einzelnen Volkswirtschaften wie im internationalen Wirtschaftsverkehr. Wenn wir aber in den Erklärungen der verantwortlichen Staatsmänner Umschau halten, so werden wir diese Einsicht mit einiger Klarheit heute nur in den Vereinigten Staaten finden, insbesondere bei ihrem Hauptsprecher Cordell Hull, dem Sekretär des State Department, und seinen Mitarbeitern. Wenn wir die wissenschaftliche Literatur zu Rate ziehen, so ist es gerade ein Land des anderen Kriegslagers, nämlich Italien, in dem hervorragende Nationalökonomien sich nicht nur zu diesen Einsichten bekennen, sondern sie auch in sehr verdienstvoller Weise vertiefen. Ich wüßte z. B. nicht, in welchem anderen Lande sich heute eine Analyse finden ließe, die an Gedankenschärfe und Redlichkeit derjenigen gleichkommt, die Professor E. Bresciani-Turroni (Universität Mailand) jüngst geliefert hat⁴⁾. Eine weitere Oase in der Wüste ist die bekannte und führende englische Wochenschrift „The Economist“ geworden. Auch hervorragende schwedische Nationalökonomien (Ohlin und Cassel) geben mutig zu erkennen, daß sie das Problem so sehen, wie ich es hier skizziert habe und wie es wohl auch auf Schweizer Boden als die Ansicht aller Wohlinformierten und Nachdenkenden gelten kann⁵⁾. Daß man gerade in führenden Kleinstaaten einen besonders klaren Blick für die Zusammenhänge beweist, ist natürlich kein Zufall, da die Wiederaufrichtung einer echten, d. h. multilateralen Weltwirtschaft für sie nicht nur eine wirtschaftliche, sondern zugleich eine politische Existenzfrage bedeutet.

Nun muß man sich schließlich noch mit aller Energie klarmachen, daß eine solche echte Weltwirtschaft nur in zwei Formen möglich ist. Entweder nämlich erfolgt die wirtschaftliche Integration der Erde in der Weise, daß sich alle Länder zu einem Weltstaat zusammenschließen, in dem sich

⁴⁾ E. Bresciani-Turroni, La funzione del regime aureo e del regime dei „clearings“ e la ricostruzione dei rapporti commerciali internazionali, *Giornale degli Economisti*, Juli-August 1941. Der Aufsatz ist wiederabgedruckt in dem sehr lesenswerten Sammelwerk „Ricostruzione dell' Economia nel Dopoguerra“, Padua 1942.

⁵⁾ Hier ist es unter anderem auch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, die offiziell in ihren Jahresberichten und inoffiziell jüngst durch die Rede, die ihr nationalökonomischer Berater, Dr. P. Jacobsson, auf dem Schweizerischen Bankiertag in St. Moritz gehalten hat, einen sehr wichtigen Beitrag zur Klärung der Probleme der weltwirtschaftlichen Reintegration liefert.

unter Aufhebung jeder einzelstaatlichen Souveränität die Markt-, Preis- und Zahlungsgemeinschaft so verwirklicht wie innerhalb jeder einzelnen Volkswirtschaft; dann ist die Weltwirtschaft in der Tat nichts anderes als eine einzige riesige Volkswirtschaft. Oder aber die Weltwirtschaft wird so organisiert, als ob sie eine wirkliche, wenn auch locker gefügte Volkswirtschaft wäre, was voraussetzt, daß die einzelnen Länder dem internationalen Wirtschaftsverkehr diejenige Freiheit, Multilateralität und Beweglichkeit zugestehen, die die Markt- und Preisgemeinschaft ermöglichen, und sich in die Regeln eines internationalen Währungssystems fügen, die die Zahlungsgemeinschaft ermöglichen. Das bedeutet Beschränkung der Handelspolitik auf eine maßvolle Schutzollpolitik (als einer konformen Handelspolitik im Gegensatz zur nichtkonformen der Kontingents-, Clearings- und Monopolpolitik), Meistbegünstigung und Goldwährung. So sah die internationale Wirtschaftsordnung der Vergangenheit aus, und es ist beim besten Willen nicht zu erkennen, wie die Weltwirtschaft der Zukunft — wenn es dies ist, was man will — in ihren Grundzügen anders organisiert werden könnte, trotz allen hochfliegenden Plänen einer Weltstaatengemeinschaft, die heute auf allen Seiten entwickelt werden. Damit soll ausgedrückt werden, daß, welche neuen und besseren Formen der Staatenorganisation nach diesem Kriege auch gefunden werden mögen, eine die einzelstaatliche Souveränität aufhebende Weltstaatengemeinschaft ein Traum bleiben wird — und bestimmt nicht einmal ein schöner. Sollte es aber wirklich gelingen, den heute so eingehend erörterten Gedanken der Staatenföderation für einzelne Gebiete oder Staatengruppen zu verwirklichen, so stellt sich für das wirtschaftliche Verhältnis dieser Föderationen untereinander das Problem genau in derselben Weise wie vorher für dasjenige zwischen den souveränen Einzelstaaten.

Großraumwirtschaft.

Nunmehr sind wir auch imstande, die Konfusion über jene andere Konzeption zu beseitigen, die man neuerdings derjenigen der Weltwirtschaft entgegenzusetzen pflegt, die Konzeption der sogenannten Großraumwirtschaft, die keineswegs ihre Anhänger allein im Lager der Achsenmächte besitzt, wenn sie auch nur dort die herrschende und offizielle ist. Wenn wir davon ausgehen, wie sich ganz allgemein der engere politische und wirtschaftliche Zusammenschluß mehrerer bisher vollsouveräner Staaten vollziehen kann, so eröffnen sich uns zwei Möglichkeiten, die sich auf's stärkste voneinander unterscheiden. Entweder nämlich ist der Block ein *genossenschaftlich-föderativ-offener* (liberaler) oder im Gegenteil ein *herrschaftlich-zentralistisch-geschlossener* (kollektivistischer). Der erste Fall ist klar: es erweitert sich das Wirtschaftsgebiet über die bisherigen politischen Grenzen hinaus, und es entstehen größere integrierte Räume wie schon immer in der Vergangenheit, wenn die Schweizer Kantone, die deutschen Bundesstaaten oder die Staaten der ame-

risanischen Union ihren politischen und moralischen Zusammenschluß durch einen wirtschaftlichen bekräftigten und damit ein durch vollkommenste Freiheit und Multilateralität gekennzeichnetes größeres Wirtschaftsgebiet schufen. Solche „Großräume“ stehen sozusagen unter der ungeschriebenen Devise des schönen Spruches, den Lamartine über Genf geprägt hat: „La liberté du faible est la gloire du fort“. Sie bilden in keiner Weise eine Antithese zur Weltwirtschaft; sie bedeuten nur eine Vergrößerung der Einheiten, aus denen sie besteht, mit allen Vorteilen für die Rationalität der menschlichen Wirtschaft, die eine Verminderung der Staatsgrenzen unter sonst gleich bleibenden Verhältnissen mit sich bringt. Sie sind in keiner Weise etwas Neues, aber ebenso wenig sind sie etwas, was man durch einige kühne Striche auf dem Atlas ins Leben rufen kann, da sie unmöglich sind ohne die Freiheit und die innere und herzliche Gemeinschaft aller, die allein einen genossenschaftlichen Zusammenschluß gewährleisten können.

Wenn wir es heute nur mit dieser liberalen Form des „Großraums“ zu tun hätten, hätte man sich wahrscheinlich mit einer weniger anspruchsvollen Bezeichnung begnügt. Das entscheidend Neue, das durch dieses Schlagwort ausgedrückt werden soll, ist indessen gerade jene kollektivistische Form der Blockbildung, deren Eigenschaften wir bereits charakterisiert haben. Sie ist die Konzeption, die heute mit der alten und bewährten der Weltwirtschaft in Konkurrenz tritt, als ihre wahre Antithese. Der kollektivistische Großraum unterscheidet sich von der Weltwirtschaft nicht etwa allein dadurch, daß er den internationalen Wirtschaftsverkehr auf einen kleineren Raum zusammendrückt, sondern auch dadurch, daß er diesen kleineren Raum obendrein auch noch so organisiert, daß zwar alle Einzelgebiete der herrschenden und dirigierenden Zentrale unterworfen sind, aber untereinander nicht einmal mehr jene Markt-, Preis- und Zahlungsgemeinschaft bilden, die man von einem wirklich integrierten Wirtschaftsgebiet erwarten müßte. Wenn wir Fortschritt oder Rückschritt am Maße und am räumlichen Umfang der wirtschaftlichen Integration (der Markt-, Preis- und Zahlungsgemeinschaft) messen, so ist also diese kollektivistische Großraumwirtschaft ein doppelter Rückschritt, nämlich sowohl im räumlichen Umfang wie im Maße der wirtschaftlichen Integration. Das ist es, was man sich mit aller Energie klarmachen muß, wie auch immer man sich zwischen Fortschritt und Rückschritt entscheiden mag. Um so mehr ist diese Klärung vonnöten, wenn der internationale Kollektivismus uns im Namen des Fortschritts und die Weltwirtschaft als etwas Altmodisches präsentiert wird.

Weil nun diese kollektivistische Großraumwirtschaft das gerade Gegenteil der Weltwirtschaft darstellt, kann es auch nur der Verwirrung dienen, wenn man auf sie gewisse Vorstellungen der Weltwirtschaft entschuldigend und beschönigend anwendet. Weder kann das Clearingsystem, das die eigentliche Achse der Großraumwirtschaft bildet, irgendwie in einem Atem

mit dem internationalen Bankclearing der alten Weltwirtschaft genannt, noch die Zentrale der Großraumwirtschaft mit der Zentrale der alten Weltwirtschaft in Parallele gesetzt werden, als die der Londoner Finanz- und Warenmarkt fungierte. Während hier in der Großraumwirtschaft alles Zwang, Kanalisierung und Zerstückelung ist, ist dort in der alten Weltwirtschaft alles Freiheit, Beweglichkeit, Markt und Interdependenz. Dafür ist es auch charakteristisch, daß der Großraum in keiner Weise über ein internationales Währungssystem verfügt, welches das gesamte Wirtschaftsgebiet zu einer Zahlungsgemeinschaft machen würde, und daß er schließlich gezwungen ist, sogar zur bloßen Umrechnung der einzelnen (in immer mehr Spezialsorten zerfallenden) Währungen auf den Goldgehalt zurückzugreifen. Aus demselben Grunde ist zwar die Einführung des „multilateralen“ Clearings ein Eingeständnis der Unzulänglichkeit des bilateralen Clearings, eine Huldigung an die alte Weltwirtschaft und eine bemerkenswerte Bemühung, den Mechanismus der alten Weltwirtschaft kunstvoll nachzubilden, aber nicht einmal ein „Ersatz“ des echten, weil freiwilligen, marktwirtschaftlichen, automatischen und freibeweglichen Multilateralismus: Der kollektivistische Multilateralismus hat mit diesem kaum mehr als den Namen gemeinsam, da ihm gerade die eben genannten wesentlichen Eigenschaften fehlen, und dies ist auch der Grund, weshalb er sich außerstande gezeigt hat, ein Gleichgewicht des Wirtschaftsverkehrs zwischen den einzelnen Staaten der Großraumwirtschaften herbeizuführen. Der italienische Nationalökonom C. Bresciani-Turroni hat sogar in der bereits erwähnten Untersuchung den schlüssigen Nachweis geliefert, daß, während ein internationales Gleichgewicht unter der Herrschaft des bilateralen Clearings mit logischer Notwendigkeit ausgeschlossen ist⁶⁾, dem multilateralen Clearing jeder Mechanismus mangelt, das gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen⁷⁾.

In der Tat stellt der ungeheuer komplizierte Mechanismus der durch Clearingverträge und zentrale Dirigierung zusammengeschweißten Großraumwirtschaft einen völlig neuen Typus einer internationalen Wirtschaftsverfassung dar, der nur als Antithese zur Weltwirtschaft begriffen werden kann. Es fehlt völlig an Vorbildern, die uns seine Funktionsfähigkeit abzuschätzen erlauben würden, aber sowohl die bisher gesammelten Erfahrungen wie alle theore-

⁶⁾ Was auch z. B. vom Berliner Institut für Konjunkturforschung (Wochenbericht vom 7. Juni 1939) ausdrücklich anerkannt worden ist.

⁷⁾ Er bemerkt ausdrücklich: „Die Analogie zwischen dem von der Reichsbank erfundenen multilateralen Europaclearing und dem internationalen Abrechnungsverkehr, wie er sich vor dem Weltkriege entwickelt hatte und auf dem Pfund Sterling — nicht zu vergessen, einer in Gold einlösbaren Währung! — basiert war, verbirgt unter der oberflächlichen Ähnlichkeit der technischen Operationen eine wesentliche Verschiedenheit, die gerade daher rührte, daß es sich damals um eine private Abrechnung handelte, während unter dem heutigen Clearingsystem die Abrechnung von den Behörden vollzogen wird.“ (a. a. O., S. 140—141.)

tischen Überlegungen zwingen zu einem sehr pessimistischen Urteil. Wie es nun aber auch mit der bloßen technischen Funktionsfähigkeit bestellt sein mag, so kann bereits heute über die politische Struktur der kollektivistischen Großraumwirtschaft nicht der geringste Zweifel mehr bestehen. Im Gegensatz zur Freiheit und Beweglichkeit der alten echten Weltwirtschaft, denen gerade die kleinen und rohstoffarmen Länder ihre Unabhängigkeit und Prosperität verdanken, ist sie durch eine vollkommene wirtschaftliche und daher auch politische Herrschaft des führenden Staates über alle anderen gekennzeichnet. Es ist schwerlich vorstellbar, daß diese Herrschaft als ein Kondominium zweier Mächte bestehen oder der herrschende Staat der sich geradezu aufdrängenden Versuchung widerstehen könnte, die ihm zustehende Machtfülle in einer die Interessen der kleineren Staaten verletzenden Weise zu gebrauchen, so sehr er sich bemühen mag, dem idealisierten Bilde nachzuleben, das Cicero (*De officiis*, II, 8) vom römischen Imperium entworfen hat: *itaque illud patrocium orbis terrae verius quam imperium poterat nominari*⁸⁾. (So wird man denn dies eher ein internationales Treuhandverhältnis als eine Gewalt-herrschaft nennen können.) Vollkommene Monopolisierung und Politisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen muß die Folge sein, die alle Beteiligten in Führende und Geführte, in Starke und Schwache, in Nutznießer und Mißbrauchte scheidet, mit all den Unsicherheiten und Unbestimmtheiten und der Notwendigkeit fortgesetzter Neuverhandlungen, die ein solcher Zustand mit sich bringt⁹⁾. Ob eine Wirtschafts- und Staatenverfassung dieser Art überhaupt längeren Bestand haben kann, muß als eine offene Frage bezeichnet werden. Das alles sind Feststellun-

⁸⁾ Wie weit z. B. die Japaner in ihrem der „Co-Prosperity“ gewidmeten Großwirtschaftsraum von einem solchen patrocium aller „Asiaten“ entfernt sind, beleuchtet folgender Bericht der Neuen Zürcher Zeitung aus Schanghai (Nr. 1723 vom 30. 10. 1941): „In der Mandschurei, in China und Indochina haben die Japaner ihre Einkäufe größtenteils mit requirierter oder auf unbestimmte Zeit „geliehener“ Inlandwährung finanziert. Nach diesem Prinzip borgten sie Ende Juli vom „Nationalen Bankbureau“ in Bangkok 15 Millionen Franken zur Bezahlung von Reiskäufen in Thailand. Zwei Wochen später beantragten sie eine weitere derartige Anleihe von 37,5 Millionen Fr. Doch Thailand zeigte sich plötzlich nicht länger gebefreudig. Da Japan nicht mit den Waren zahlen kann, die Thailand wünscht, bestand Bangkok, das sich Japan gegenüber noch nicht tributpflichtig sieht, auf Gold. Die Yokohama Specie Bank mußte 2 225 000 Bstr. Barrengold nach Bangkok abgeben, um die gewünschte Tukulwährung zu erhalten. Die japanische Presse hat dazu erklärt, daß der Finanz- und der Wirtschaftsminister in Bangkok die „Gegenwart nicht länger verstehen“, sie verlangt ihren Rücktritt und droht, daß ihr Verbleiben im Amt eine neue Revolution in Thailand zur Folge haben könnte...“

⁹⁾ So hieß es jüngst mit Recht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (nach der Neuen Zürcher Zeitung Nr. 1458 vom 14. 9. 1942): „Es zeichnet sich sogar die Gefahr ab, ... daß darüber hinaus politische Auseinandersetzungen mit wirtschaftlichen Problemen gekoppelt und belastet werden, von denen sie früher frei waren“.

gen, die man in wissenschaftlicher Unparteilichkeit und Nüchternheit treffen muß. Dabei ist freilich mit Nachdruck hinzuzufügen, daß die eigentliche Ursache aller dieser problematischen Seiten der Großraumwirtschaft nicht etwa in der Unerfahrenheit, der Gedankenlosigkeit oder dem schlechten Willen der Beteiligten zu suchen ist, sondern im Wesen dieser internationalen Wirtschaftsverfassung selbst, die auch die besten Absichten verderben muß. Das ist vor allem denen zu sagen, die in Zukunft eine solche Wirtschaftsverfassung besser handhaben zu können glauben als diejenigen Staaten, die damit den Anfang gemacht haben.

Völlig ungelöst ist schließlich auch die Frage, wie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Großraum und der übrigen Welt geregelt werden sollen. Daß sie in hohem Maße notwendig bleiben, ist zum mindesten im Falle eines europäischen Großraums allgemein anerkannt, da kein Einsichtiger eine paneuropäische Autarkie für möglich, geschweige denn für erwünscht halten würde¹⁰⁾, selbst dann nicht, wenn die europäische Produktionskraft in Landwirtschaft und Industrie nicht durch den Krieg in einem noch gar nicht abzuschätzenden Maße ruiniert sein würde. Gerade aber diese fortbestehende Abhängigkeit des Großraums von der Weltwirtschaft wird neben anderen tiefer liegenden Gründen die Quelle gewaltiger wirtschaftlicher und politischer Weltspannungen sein, die die Illusion derjenigen zerstören, die auf ein schiedlich-friedliches Nebeneinanderleben der einzelnen Großräume untereinander oder mit dem Rest der freien Weltwirtschaft zu rechnen scheinen.

Angelsächsishe Pläne und Programme.

Echte Weltwirtschaft und Großraumwirtschaft, mit anderen Worten, die liberale und die kollektivistische Konzeption der internationalen Wirtschaftsordnung sind mithin die beiden Möglichkeiten, die im Grunde heute einander gegenüberstehen und einander so diametral entgegengesetzt sind wie Freiheit und Zwang, wie organisches Leben und mechanische Organisation und schließlich wie das liberale und das kollektivistische Gesellschafts- und Wirtschaftsprinzip überhaupt. Diese Erkenntnis muß durch die andere und ihr keineswegs widersprechende ergänzt werden, daß eine Reintegration der Weltwirtschaft nach dem Kriege nur dann mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden kann, wenn sie nicht die vergangene liberale Weltwirtschaft mit allen ihren in den Fehlentwicklungen des historischen Liberalismus und Kapitalismus wurzelnden Schwächen wiederaufzurichten sucht, sondern das ganze Programm einer geläuterten liberalen Wirtschaftsver-

¹⁰⁾ Dabei ist noch obendrein zu beachten, daß aus den angeführten Gründen eine Großraumautarkie nicht etwa eine bloß räumlich erweiterte nationale Autarkie, sondern dank der Kompartimentierung des Großraums in abgeschottete Wirtschaftsgebiete ein Gebilde ganz eigener Art darstellen würde.

fassung in sich aufnimmt, das ich an anderer Stelle ausführlicher dargestellt habe ¹¹⁾).

Nun steht es aber keineswegs so, daß die beiden einander gegenüberstehenden Kriegsparteien in vollkommener Klarheit und Eindeutigkeit das eine und das andere Ordnungsprinzip verkörpern und vertreten würden: die Achsengruppe das kollektivistische der Großraumwirtschaft und ihre Gegner das liberale der Weltwirtschaft. Auf der Achsen Seite sind nicht einmal einzelne offizielle Äußerungen ganz frei von gelegentlichen Konzessionen an die überwältigenden Vorzüge der liberalen Weltwirtschaft und ihre wesentlichen Einrichtungen, insbesondere die Goldwährung. Will man aber diese mit Recht nicht überschätzen, so wird man doch nicht umhin können, einzelnen inoffiziellen und wissenschaftlichen Darlegungen, die sich in diesem Lager finden, Bedeutung beizulegen, Darlegungen, die uns freilich weniger in Deutschland als in Italien begegnen. Andererseits läßt auch der entgegengesetzte Kurs der alliierten Gruppe noch sehr viel an Eindeutigkeit und Klarheit zu wünschen übrig, selbst dann, wenn wir die natürlichen Schwierigkeiten, denen sich das Musterland des Kollektivismus, Rußland, in dieser Hinsicht gegenüber sieht, unberücksichtigt lassen und uns auf die angelsächsischen Länder beschränken.

In der berühmten Atlantic Charter vom 14. August 1941 besitzen wir eine feierliche und von den „Vereinigten Nationen“ als bindend betrachtete Formulierung ihres Friedensprogramms. Die die internationale Wirtschaftsordnung der Zukunft betreffenden Abschnitte dieser Deklaration lauten folgendermaßen:

- IV. Soweit es die bereits bestehenden Bindungen zulassen, werden sie (d. h. England und die Vereinigten Staaten) bestrebt sein, darauf hinzuwirken, daß alle Staaten — große oder kleine, Sieger oder Besiegte — sich auf dem Fuße der Gleichberechtigung des Zugangs zum Welthandel und zu den für ihre wirtschaftliche Wohlfahrt nötigen Rohstoffen erfreuen.
- V. Sie wünschen vollste Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen allen Nationen, mit dem Ziel, allen bessere Lohnbedingungen, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Es handelt sich hier gewiß um eine etwas vage Umschreibung, die zudem noch mit der Hypothek einer Einschränkung („with due respect for their existing obligations“) belastet ist, aus der man einen Hinweis sowohl auf die Schutzollpolitik der Vereinigten Staaten wie auch auf die Ottawa-Verträge (Präferenzialsystem des British Commonwealth) herauslesen kann. Indessen dürfte heute nirgends mehr ein Zweifel daran bestehen, daß dieser Teil der Atlantic Charter ein Bekenntnis zu den liberalen Prinzipien der Weltwirtschaft zum Ausdruck bringen soll, in voller Übereinstimmung mit dem übrigen Tenor des Manifests, der das demokratisch-liberale Friedensprogramm der angelsächsischen Mächte deklariert.

¹¹⁾ Vgl. meine Bücher „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ und „International Economic Disintegration“.

Nun ist es indessen bedeutungsvoll, daß diese Interpretation mehr in den Erklärungen der amerikanischen als in denen der englischen Staatsmänner ihre Stütze findet. Während Cordell Hull, Sumner Wells und andere sich wiederholt mit aller Eindeutigkeit für eine liberale Weltwirtschaft erklärt haben, spürt man auf englischer Seite ein unverkennbares Widerstreben, sich auf so eindeutige Bekenntnisse festzulegen, und eine wenig glückliche Neigung, sich noch einen gewissen Spielraum der Entscheidung vorzubehalten oder die Atlantic Charter mit wirtschaftlichen und sozialen Zielen zu belasten, die sie zu einem bloßen Lippenbekenntnis zu degradieren drohen. Vielleicht übertreibt der „Economist“, wenn er die Klarheit und Eindeutigkeit der offiziellen amerikanischen Erklärungen den unpräzisen englischen Erklärungen (etwa von Eden und Sir Stafford Cripps) gegenüberstellt und sich darüber beklagt, daß die heute von Amerika ausgestreckte Hand zur weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit von den verantwortlichen Engländern nicht recht ergriffen würde. Gewiß wäre es auch eine Verzerrung des Sachverhalts, wenn man meinte, daß, während die amerikanische Regierung nun glücklich den Weg zu einer liberalen Handelspolitik gefunden, die englische ihm jetzt endgültig den Rücken gedreht hätte. Trotzdem dürften wir uns ein richtiges Bild machen, wenn wir uns vorstellen, daß der treibende Teil die Regierung der Vereinigten Staaten ist und daß es auf englischer Seite zum mindesten an dem rechten Schwung fehlt.

Was die amerikanische Seite betrifft, so lassen in der Tat die offiziellen Erklärungen nichts an Klarheit und Deutlichkeit zu wünschen übrig¹²⁾. Natürlich sind sich die amerikanischen Staatsmänner auch vollkommen darüber klar, daß es gerade die Vereinigten Staaten sind, von denen der Hauptbeitrag zur Reintegration der Weltwirtschaft geleistet werden muß, und zwar vor allem dadurch, daß sie ihren Hochprotektionismus gründlich revidieren. Aber ebenso natürlich ist es, daß sie darüber noch nicht offen und bindend sprechen können, solange sie nicht die Gewißheit haben, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten für eine solche Revision reif geworden ist. Um so bedeutungsvoller ist es, daß man heute schon aus dem Munde jener Staatsmänner sehr ungeschminkte Urteile über

¹²⁾ Als Beispiel seien folgende Grundsätze erwähnt, die Cordell Hull in einer Rede am 18. Mai d. J. niedergelegt hat: „1. Extremer Nationalismus darf in Zukunft nicht mehr seinen Ausdruck in übermäßigen Handelsbeschränkungen finden. 2. Gleichberechtigung muß in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zur Regel werden, im Interesse der Blüte und des Wachstums des Welthandels. 3. Rohstoffe müssen allen Nationen gleichberechtigt zugänglich sein. 4. Internationale Verträge, die die Lieferung von Gütern regulieren, müssen auf den vollen Schutz der Interessen der konsumierenden Nationen abgestellt sein. 5. Die Einrichtungen und Abmachungen der Weltfinanz müssen so geartet sein, daß sie den fortschreitenden Aufbau und die unge störte Entwicklung aller Länder unterstützen und die Zahlungen in Warentransaktionen gewährleisten, die mit der Wohlfahrt aller Länder vereinbar sind“.

den ungeheuren Schaden hören kann, den die amerikanische Hochschußpolitik in der Weltwirtschaft angerichtet hat. Sie tun also bereits ihr Möglichstes, um die öffentliche Meinung in der erwünschten Richtung zu leiten, und es gibt wohl keinen unter den bekannteren amerikanischen Nationalökonomien, der sie darin nicht nach Kräften unterstützen würde¹³⁾. Gewiß fehlt es auch in den Vereinigten Staaten nicht an jener Nationalökonomie, die der „Economist“ kürzlich als „Rokofationalökonomie“ bezeichnet hat, d. h. an verzwickten Plänen, die es erlauben sollten, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Dazu rechnet z. B. der Vorschlag eines „Trade Equalization Account“, wonach die Vereinigten Staaten bestimmten wirtschaftsschwachen Ländern Dollarbeträge für Ankäufe oder Schuldentilgung gegen entsprechende Beträge in der Währung jener Länder zur Verfügung stellen sollen, die in Amerika hinterlegt und nach Bedarf für die Einfuhr aus jenen Ländern verwendet werden sollen, und zwar so, daß die unverwendeten Beträge nach zwei Jahren verfallen¹⁴⁾. Der Londoner „Economist“ hat darauf die Antwort erteilt, die alle solche Pläne verdienen: sie werden nur unter Bedingungen funktionieren, unter denen auch der normale Wirtschaftsverkehr und zwar weit besser funktionieren würde¹⁵⁾. Aber diese Tüfteleien ändern nichts an dem Gesamteindruck, daß sich in den Vereinigten Staaten die offizielle und die wissenschaftliche Meinung in einer klaren und eindeutigen Stellungnahme zugunsten der liberalen Weltwirtschaft vereinigen.

Das bedeutet aber leider nicht, daß damit schon der Weg für eine gründliche Revision der amerikanischen Schutzzollpolitik geöffnet wäre. Weder wird man die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten bereits für hinreichend reif halten können, noch wäre eine solche liberale Außenwirtschaftspolitik mit jener monopolistisch-kollektivistischen Binnenwirtschaftspolitik vereinbar, auf die sich die Vereinigten Staaten seit dem New Deal festgelegt haben. Für sie wie für jedes andere Land gilt der eherne Grundsatz, daß eine liberale Weltwirtschaft nicht mit einer mehr oder weniger kollektivistischen Binnenstruktur der einzelnen Volkswirtschaften vereinbar ist, vielmehr jene Beweglichkeit der Preise und Kosten voraussetzt, die nur die grundsätzlich freie Marktwirtschaft gewähren kann. Die Festung der amerikanischen Schutzzollpolitik kann also nur genommen werden, nachdem zuvor die Festung des New Deal genommen und nachdem mit all jenen Theorien von der „mature economy“, vom „deficit spending“ und der „Vollbeschäftigung“ aufgeräumt und der ungeheuerliche Machtmißbrauch der großen Interessengruppen, einschließlich der Far-

¹³⁾ Davon gibt ein gutes Bild das Protokoll der letzten Jahresversammlung der American Economic Association (American Economic Review, Supplement, März 1942).

¹⁴⁾ Herbert Feis, Restoring Trade after the War, Foreign Affairs (New York), Januar 1942.

¹⁵⁾ The Economist vom 1. 8. 1942.

mer und der Gewerkschaften, eingedämmt worden ist. Hier liegt der eigentliche Schlüssel zum Verständnis der gesamten wirtschaftlichen Weltsituation, wie ich kürzlich an anderer Stelle eingehend darzulegen versucht habe¹⁶). Eine Reintegration der Weltwirtschaft setzt die Revision der amerikanischen Schutzollpolitik, diese aber ihrerseits die Revision der im Zeichen des New Deal stehenden Binnenwirtschaftspolitik voraus. Bis dahin ist gewiß noch ein weiter und beschwerlicher Weg zurückzulegen; es wäre auch voreilig, alle Anzeichen, die für eine solche Revision (wenigstens vorerst im Denken der Führenden) sprechen, allzu optimistisch zu deuten und den möglichen Nachwirkungen der amerikanischen Kriegswirtschaftspolitik zu geringe Beachtung zu schenken. Indessen glaube ich mich nicht zu täuschen, wenn ich — wie andere — den Eindruck habe, daß die ganze New Deal-Philosophie immer mehr in die Defensiv gedrängt wird und eine konjunktivere Tendenz an Raum gewinnt¹⁷). Ob sie sich siegreich durchsetzen wird, wird nicht zuletzt auch von der Entwicklung in England abhängen, so wie umgekehrt die englische Entwicklung von der amerikanischen beeinflusst wird.

Wie steht es nun in England? Ich erwähnte bereits die Unentschiedenheit der offiziellen Haltung. Vermutlich tun wir den englischen Staatsmännern im ganzen unrecht, wenn wir eine andere Ursache ihrer Haltung suchen als die Rücksicht auf eine recht konfuse öffentliche Meinung, die, aufgewühlt durch die revolutionären Wirkungen des Krieges, fieberhaft nach neuen Formen der Wirtschaft und Gesellschaft sucht, ohne bisher eine sichere Orientierung gefunden zu haben. Diese Konfusion der öffentlichen Meinung muß aus einer Gesamtlage verstanden werden, die ich vor vier Jahren folgendermaßen umschreiben zu können glaubte. Nachdem ich England etwas übertreibend als ein „Land ohne Bauern und Handwerker“

¹⁶) W. R ö p f e, Das Problem der amerikanischen „Vollbeschäftigung“, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1377 und 1379 vom 1. 9. 1942.

¹⁷) Vgl. dazu das bereits genannte Protokoll der Jahresversammlung der American Economic Association und meinen Aufsatz über „Das Problem der amerikanischen ‚Vollbeschäftigung‘“, a. a. O. Welche Kraft der Angriff gegen die „Korofonationalökonomie“ des New Deal bereits gewonnen hat, zeigt auch der Aufsatz von H e n r y C. S i m o n s, Hansen on Fiscal Policy, The Journal of Political Economy (Chicago), April 1942, in dem einem der führenden Vertreter der Konjunkturpolitik des New Deal, Professor Alvin H. Hansen (Harvard), an autoritativer Stelle der Garauß gemacht wird.

Ein besonders bedeutungsvolles Symptom für die Abwendung vom Kollektivismus und Monopolismus und für eine Wiederbesinnung auf die Grundsätze eines geläuterten Liberalismus sind vor allem die umfangreichen Berichte und Monographien der von der Regierung eingesetzten Wirtschaftskommission (Temporary National Economic Committee). Sie ist in der Tat zu Schlußfolgerungen gelangt, die der Botschaft Präsident Roosevelts vom Jahre 1938 entsprechen, mit der er die Kommission einsetzte und in der es schließlich heißt: „Macht dem Fortschreiten des Kollektivismus in der Wirtschaft ein Ende und führt das Wirtschaftsleben zur demokratischen Konkurrenzordnung zurück (Stop the progress of collectivism in business and turn business back to the democratic competitive order)!“

gekennzeichnet hatte, „dem ein hemmungsloser Feudalismus eine besonders ungesunde Sozial- und Wirtschaftsstruktur hinterlassen hat“, führte ich aus:

„Es scheint, als sei der hochgradig pathologische Zustand der englischen Gesellschaft bisher latent gehalten worden — durch besonders starke, aus Religion und Tradition fließende seelische Reserven und durch die Auftriebswirkung der wirtschaftlichen und politischen Expansion des 19. Jahrhunderts — und trete erst jetzt nach dem Ende der Expansionsperiode und bei langsamem Schwinden jener Reserven wirksam hervor. Der rasche Niedergang des Liberalismus und das Vordringen des Kollektivismus (als Gesinnung und sogar als Politik) scheint darauf hinzudeuten“¹⁸⁾.

Das ist in der Tat die gefährliche Lage Englands, daß allzuviele mit einem sehr anerkennenswerten Drang nach neuen und besseren Formen der Gesellschaft und Wirtschaft zusammen mit einem quasi-feudalen System, in dem sich der englische Kapitalismus zu entfalten gezwungen sah, die Grundsätze des Liberalismus selbst verwerfen, weil sie noch nicht imstande sind, den historischen Kapitalismus und ein wirklich liberales Wirtschaftssystem auseinander zu halten und die Möglichkeit eines „Dritten Weges“ zu erkennen. So verführt sie berechtigte Kritik dazu, den Weg des Kollektivismus zu gehen, ohne daß sie sich bewußt sind, damit ihr Bestes zu verraten und — was uns hier besonders angeht — eine Wirtschaftspolitik zu empfehlen, die mit einer Reintegration der Weltwirtschaft, mit der Ausführung der Grundsätze der Atlantic Charter und mit der Aufrichtung eines friedlichen und gerechten Systems internationaler Beziehungen unvereinbar ist. So erklären sich alle jene Bücher und Programme kollektivistischer Intellektueller wie Lasch, Carr, Sir Richard Acland, des Erzbischofs von Canterbury, Sir William Beveridge (der als Herausgeber des auch ins Deutsche übersetzten Buches „Zölle“ bessere Tage gesehen hat) oder Davenport, — Bücher, die einstweilen die öffentliche Meinung zu monopolisieren scheinen, aber in ihrer Mischung von wohlmeinendem Idealismus und soziologisch-nationalökonomischer Einsichtslosigkeit einen so trostlosen Eindruck machen. So erklärt es sich auch, daß Leute wie unsereiner, wie ich höre, in weiten Kreisen der englischen Intellektuellen als „rather old-fashioned“ gelten. Mit diesen Strömungen verbinden sich die verheerenden Wirkungen, die die geld- und konjunkturtheoretischen Lehren von Lord Keynes und seinen Anhängern auf das nationalökonomische Denken in England gehabt haben.

Die tragische Lage Englands — tragisch für England selbst und möglicherweise für die übrige Welt dazu — besteht also darin, daß die äußeren Umstände des Krieges diesem Lande eine längst fällige radikale Reform aufzwingen, aber dies just in einem Augenblick, in dem man dank derselben Entwicklung, die die Reform schließlich unaufschiebbar gemacht hat, die geistige Orientierung verloren hat und sozusagen wild drauflos denkt.

¹⁸⁾ W. R ö p k e, Krieg und Demokratie, Friedenswarte (Genf), 1938, Heft 6, S. 291.

Außere und innere Reife zur Reform haben sich nicht zur gleichen Zeit eingestellt. Hinzu kommt die höchst bedenkliche Entwicklung zur monopolistisch-interventionistischen Erstarrung, die sich im englischen Wirtschaftsleben seit einem Jahrzehnt — seit dem fatalen gleichzeitigen Übergang zur Papierwährung und zum Protektionismus — vollzogen hat. Sie hat überall „vested interests“ geschaffen, deren Vertreter sich nun eine Wirtschaftspraxis zurecht gelegt haben, die als ein „Kollektivismus der Privilegierten“ bezeichnet werden kann. Sie ist noch jüngst in den Berichten der großen Wirtschaftsverbände (Federation of British Industries, Association of the British Chambers of Commerce und London Chamber of Commerce) in erschreckender Weise zum Ausdruck gekommen und vom „Economist“ mit Recht angeprangert worden¹⁹). Auch in den Kreisen der Gewerkschaften steht es kaum besser.

Das wahrhaft Beklemmende ist, daß alle diese Kreise — die Intellektuellen wie die Wirtschaftsgruppen — nicht den Widerspruch gewahr werden, in den sie sich verstricken, wenn sie gleichzeitig nach innen die Sprache des Kollektivismus und nach außen die Sprache des Liberalismus sprechen, wenn sie Planwirtschaft mit der liberalen Weltordnung der Atlantic Charter vereinigen wollen. Es ist ihr hartnäckiger Irrtum — den sie mit vielen in anderen Ländern, die Schweiz nicht ausgenommen, teilen —, wenn sie meinen, daß der Liberalismus im internationalen Felde (mit seinen Attributen der Freiheit, der Gleichberechtigung, der Gerechtigkeit und des Friedens) mit irgendeiner Art von Sozialismus im nationalen Felde vereinbar sei²⁰). Wenn sie dann noch außerdem phantastischen Plänen zur

¹⁹) „Sie fordern eine ‚brave new world‘ und empfehlen die Beibehaltung einer korporativ-monopolistischen Wirtschaftsverfassung. Dies ist ökonomischer Defaitismus gleich dem politischen Defaitismus, der nur allzu oft bereit ist, das parlamentarische System wegen der Unvollkommenheiten bestimmter Parlamente preiszugeben. Beide gehören zu jener müden, desillusionierten, abgekämpften Haltung, die den Faschismus in anderen Ländern in den Sattel gehoben hat. Gut wie schlechtgläubige Leute, schlagwortgefüllte Planwirtschaftler und egoistische Industriebarone, alle wirken zusammen, um mit lautem Geschrei das Kind mit dem schmutzigen Badewasser auszuschütten.“ (The Economist vom 6. 6. 1942.) In jenen Kreisen scheint man sich munter für Clearingverträge, Devisenzwangswirtschaft, Einfuhr- und Ausfuhrkontrolle, Kontingente und Präferenzsystem zu begeistern. Vgl. auch meine in der Neuen Zürcher Zeitung (Nr. 1822—1830, 1941) veröffentlichten Aufsätze über „Markterstarrung und Gruppenanarchie in England und Amerika“.

²⁰) Es ist wiederum der „Economist“ (1. 8. 1942), der sich darüber in aller Klarheit ausspricht: „Es ist die unausweichliche Pflicht jedes Landes, einerlei wie die Welt nach dem Kriege aussehen mag, diejenige Politik zu treiben, die am ehesten zugleich ein Gleichgewicht im Innern und zwischen den Staaten herbeiführen wird. Es hat sich die verderbliche Lehre verbreitet, daß, während die politische Souveränität im Interesse des internationalen Rechts beschränkt werden muß, die ökonomische Souveränität zur n-ten Potenz erhoben werden kann, um das nationale Niveau der Lebenshaltung zu schützen. Diese Lehre ist nicht nur voll von Gefahren für die Welt, sondern auch ohne jede Aussicht, verwirklicht zu werden...“

Schaffung eines „Wohlstandes für alle“ — nach diesem Kriege, der wahrscheinlich alle vorhergehenden an Vernichtung und Kapitalzerstörung übertrifft — nachjagen, ohne sich um ihre wirtschaftlichen, politischen und soziologischen Konsequenzen zu kümmern, so wird man Anlaß haben, jedes Anwachsen ihres Einflusses mit äußerster Besorgnis zu verfolgen.

Es ist für den Augenblick ein wenig ermutigendes Bild, das man sich hier zu zeichnen genötigt sieht. Aber es wäre sicherlich falsch, sich dem Pessimismus hinzugeben. Das Zusammentreffen von äußerer und innerer Reise ist ja immer in der Geschichte die seltenste der Ausnahmen, und man wird auch hier der inneren Reise Zeit lassen müssen, die äußere einzuholen. Im Falle Englands besteht dazu doppelter Anlaß, da ja hier Reiseprozesse besonders langsam zu verlaufen pflegen, aber schließlich in dem geradezu bäuerlichen Common Sense des durchschnittlichen Engländer einen vorzüglichen Nährboden finden. Es fehlt auch nicht an Anzeichen dafür, daß ein solcher Reiseprozeß im Gange ist. Dafür ist vielleicht besonders charakteristisch die Entwicklung des „Economist“, der noch vor einem Jahr — insbesondere in einem Artikel „Ten Years off Gold“ — Dinge geschrieben hat, die man nur mit Kopfschütteln lesen konnte, seitdem aber diejenige Sprache gefunden hat, von der wir mehrfache Proben gegeben haben, ohne daß man ihn nun umgekehrt einer sturen Laissez-faire-Politik bezichtigen könnte²¹⁾. Es ist auch nicht zu verachten, wenn wir neulich in der europäischen Propagandasendung des Londoner Radios von einem einfachen Piloten der Royal Air Force das aus ehrlichem Herzen kommende Geständnis vernehmen konnten, daß „er nicht für Gemeinschaftsküchen und für Massendemokratie sterben wolle, sondern für ein kleines Eigenheim mit Garten, für ein anständiges Familienleben, für eine einfache und standfeste Existenz und für eine humanistische Erziehung seiner Kinder“²²⁾. Sehen wir unsere Hoffnungen wirklich zu hoch an, wenn wir erwarten, daß auch in England die führenden Reise, die sich für den internationalen

Auf die Dauer gibt es keinen anderen Ausweg als die Revision der amerikanischen Schutzzollpolitik und der Ottawa-Verträge und keine andere Möglichkeit für die Herstellung des Gleichgewichts jeder einzelnen Volkswirtschaft und aller Volkswirtschaften untereinander als die Wiedereingliederung des langfristigen Kreditverkehrs und eines möglichst freien Güterstroms.“ Undernfalls: „no ingenious devices can save the future; the result is anarchy or autarky — or both“.

²¹⁾ Ähnliche Tendenzen verfolgt die hochangesehene Zeitschrift „The Nineteenth Century and After“.

²²⁾ Hier ist auch daran zu erinnern, daß die auf Dezentralisierung und Verländlichung der Industrie gerichtete Landesplanung gerade in England, wo man in dieser Richtung besonders gesündigt hatte, frühzeitig gefordert worden ist — die „Town and Country Planning Association“ wurde bereits 1889 gegründet und die Industriegartenstadt Letchworth gab bereits im Jahre 1904 das erste große Beispiel — und nun durch den Krieg gewaltigen Auftrieb erhalten hat. Wer sich von dem so durchaus unkollektivistischen England, das hinter diesen Bestrebungen steht, ein Bild machen will, studiere die hervorragende Zeitschrift „Town and Country Planning“.

Wiederaufbau auf liberaler Grundlage einsetzen, schließlich auch die Forderungen begreifen und bejahen werden, die sich daraus für die *i n n e r e* Wirtschafts- und Gesellschaftsreform ergeben? Daß sie verstehen werden, daß die internationale Ordnung eine ihr genau entsprechende nationale Ordnung voraussetzt und damit zu einem Problem wird, das in die *Fundamentalfrage* der Wirtschafts- und Gesellschaftskrisis unserer Zeit einmündet? Vielleicht hoffen wir dann nicht zu viel, wenn es uns gelingt, die Menschen davon zu überzeugen, daß es auf die Fragen, die die Kollektivisten an uns stellen, noch immer und heute erst recht eine liberale Antwort gibt, aber eine andere als die des historischen Liberalismus.

Demokratie und Persönlichkeit.

Von **Heinrich Barth.**

„Demokratie“ und „Persönlichkeit“ — das sind ohne Zweifel zwei Worte, die einen guten Klang haben. Wenigstens für einen guten Schweizer! Denn sie bezeichnen allgemein-menschliche Werte, die von der besten und edelsten Humanität zu allen Zeiten anerkannt und hochgehalten worden sind. In dem einen Worte ist beschlossen die Anerkennung des Menschen, seiner Würde und seiner Freiheit; und die klassische deutsche Bildung bejaht in der „Persönlichkeit“ die harmonische Vollendung menschlichen Daseins. In dem andern Worte ist ausgesprochen diejenige Verfassung des Staates, die einer wirklichen Humanität entspricht, als die seiner Freiheit und Würde in der Staatsordnung Rechnung trägt. Beides ist Sache unserer freudigen Zustimmung. Das Eine wie das Andere ist ein Idealbegriff, in dem uns eine Wegweisung enthalten ist, und den wir darum hochhalten. Wir wissen es Alle: In „Demokratie“ und „Persönlichkeit“ ist viel Gutes und Wertvolles vertreten, das unseres Einsatzes würdig ist. Denn mit Beiden stehen kostbare Lebensgüter auf dem Spiele. Wozu bedarf es im Hinblick auf diese Begriffe, die in aller Munde sind, immer neuer Worte? Warum sollen über diese viel besprochenen Dinge immer wieder neue Verhandlungen geführt werden? Wozu dienen die langwierigen und komplizierten Untersuchungen, wenn wir es doch hier wie dort offenbar mit einer guten Sache zu tun haben?

Beides ist wirklich wertvoll, Demokratie und Persönlichkeit. Und keines von Beidem ist preiszugeben. Allein wieso Beides wertvoll ist, und in welchem Sinne es vertreten werden soll — dies liegt nicht eben auf der Hand! Denn es ist keine so einfache Sache. Und es ist gut so! Denn nichts wirklich Wertvolles liegt auf der Hand. Noch ist es leicht und billig zu haben. Dies trifft besonders zu auf Worte und Begriffe, die einen so